

Michael Lemke

Vor der Mauer

Berlin in der Ost-West-Konkurrenz
1948 bis 1961



2011

BÖHLAU VERLAG KÖLN WEIMAR WIEN

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung
der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
und der Deutschen Forschungsgemeinschaft

Michael Lemke ist apl. Professor an der Humboldt-Universität zu Berlin und war
von 1997 bis 2009 Abteilungsleiter am Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind
im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Umschlagabbildung:
Die beiden Wappen des geteilten Berlins in einem U-Bahnzug der Linie A (Pankow–Ruhleben).
Links das Wappen des Landes Berlin (West) und rechts das Wappen des Magistrats Ostberlins.
Quelle: Landesarchiv Berlin F Rep. 290

© 2011 by Böhlau Verlag GmbH & Cie, Köln Weimar Wien
Ursulaplatz 1, D-50668 Köln, www.boehlau-verlag.com

Alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes
ist unzulässig.

Gesamtherstellung: WBD Wissenschaftlicher Bücherdienst, Köln
Gedruckt auf chlor- und säurefreiem Papier

ISBN 978-3-412-20672-7

Inhalt

Einleitung.....	11
1. Ausgangslage und Ziele der Arbeit.....	11
2. Gestaltungsprinzipien und Methoden.....	14
3. Inhaltliche Probleme und Thesen.....	17
4. Anmerkungen zu Forschungsstand und Quellenlage.....	21

I. Politik

1. Das gespaltene Berlin zwischen Realität und Wahrnehmung.....	29
1.1 Der „politische Sinn“ des geteilten Berlin.....	29
1.1.1 Die politisch-rechtliche Situation.....	30
1.1.2 Konkurrierende Ansprüche.....	33
1.1.3 Berlin als „Schaufenster“.....	37
1.1.4 Revolutionäre oder demokratische Transformation?.....	40
1.1.5 Zweierlei Geschichtspolitik und gelenkte Erinnerung.....	43
1.2 Die Trennung von Administration und Infrastruktur nach 1948.....	53
1.2.1 Die Neuformierung der Bürokratie.....	53
1.2.2 Die Teilung der Verkehrs- und Versorgungsinfrastruktur.....	59
1.2.3 Gesamtberliner Regelungen.....	67
1.2.4 Probleme im Alltag.....	72
1.2.5 Die Kooperation von Polizei, Justiz und Behörden.....	79
1.2.6 Symbolische Aktionen und verschenkte Möglichkeiten.....	83
1.3 Gesamtberlin in der politischen Arbeit.....	86
1.3.1 Organe, Gremien und Ziele.....	86
1.3.2 Die Strategie und Taktik der SED.....	88
1.3.2.1 Die SPD in West-Berlin als wichtigste Zielgruppe.....	88
1.3.2.2 Der „innere Feind“: Die SPD in Ost-Berlin.....	92
1.3.2.3 Die Methoden und Effekte der politischen Arbeit der SED.....	94
1.3.2.4 Der Westeinsatz in der Krise.....	98
1.3.3 Gesamtberliner Politik in den Westsektoren.....	107
1.3.3.1 Das Büro für Gesamtberliner Arbeit.....	107
1.3.3.2 Antikommunistische Initiativen.....	113
1.3.4 Die Brückenfunktion der Kirchen.....	117
1.4 Die Schlacht um freie Wahlen.....	124
1.4.1 Die SED in der Defensive und die innere Opposition.....	124
1.4.2 „Volksvertretung“ gegen „freie Wahlen“ (1954).....	132

1.4.3	Die Wahlen von 1958 in West-Berlin und ihre „Lehren“	138
2.	Östliche Jugendtreffen und westsektorale „Gegenspiele“	141
2.1	Das Pfingsttreffen der FDJ von 1950.....	141
2.2	„Berlin ruft die Jugend der Welt.“ Die III. Weltfestspiele von 1951	145
3.	Exkurs: Berlin-Werbung und Politik	152
3.1	Grundlagen, Konzepte, Probleme.....	152
3.2	Institutionen und Gremien.....	159
3.3	Methoden und Instrumentarien	162
3.4	Fremdenverkehr im Wettbewerb.....	165
3.5	„Baustellen“-Tourismus und politische Stadtrundfahrten.....	168
4.	Die Eskalation des Berliner Systemkonflikts (1952–1954)	171
4.1	Der östliche Frontalangriff auf West-Berlin 1952	171
4.1.1	Der Fall Kamieth als propagandistischer Prolog.....	172
4.1.2	Die Sperrmaßnahmen und Restriktionen von 1952	177
4.2	Die „Vergeltung“ des Westens.....	181
4.3	Die fatale Wechselwirkung zwischen antikommunistischer Hysterie und „Klassenkampf“	185
5.	Der 17. Juni 1953 als Gesamtberliner Erfahrung.....	189
5.1	Der „Neue Kurs“ und die Krise aus West-Berliner Sicht.....	189
5.2	Ein Volksaufstand für das ganze Berlin	198
5.3	Nach dem Junisturm: Sofortmaßnahmen in Ost-Berlin	200
5.4	Politische Konsequenzen in West-Berlin.....	204
5.5	Der Aufstand als traumatische Erfahrung.....	208
5.6	Amerikanisches „Affenfett“ als politische Waffe?	214
5.7	Die Berliner Außenministerkonferenz 1954 und der regionale Systemkonflikt	223
6.	Berlin in Turbulenzen: Die zweite Berlinkrise und der Mauerbau	225
6.1	Chruschtschow-Ultimatum und Berlin-Konflikt im regionalen Kontext.....	225
6.2	Die Gesamtberliner Dimension der östlichen Versorgungskrise	230
6.2.1	Die Overtüre: Engpass-Ängste und „Butterquerelen“	230
6.2.2	Ursachen und Symptome der realsozialistischen Misere	232
6.2.3	Die Politisierung der Wirtschaftskrise.....	235
6.2.4	Das Ost-Berliner Krisenmanagement.....	241

6.3	Die Ost-Berliner Arbeitskräftefluktuation und ihr West-Berliner Hintergrund	247
6.3.1	Die eskalierende Republikflucht: Motive und Wirkungen.....	247
6.3.2	„Verdeckte“ Abwanderung und „Abwerbung“	251
6.3.3	Die Zuspitzung der Auseinandersetzung um die Grenzgänger	258

II. Wirtschaft und Soziales

1.	Die sozioökonomische Entwicklung nach der Spaltung.....	265
1.1	Die Westsektoren.....	265
1.2	Der Ostsektor.....	275
1.3	Berlinhilfen	279
1.4	Währungsprobleme, Währungskontrolle und Wechselkurse	286
2.	Lebensstandard im Vergleich	290
2.1	Löhne	293
2.2	Preise	295
2.3	Ungleiche Versorgungsprobleme	300
2.4	Der Niedergang der Privatwirtschaft in Ost-Berlin.....	311
2.4.1	Groß- und Einzelhandel.....	311
2.4.2	Industrie- und Handwerksbetriebe	316
2.5	Gesundheitspolitik im Wettbewerb.....	321
2.6	Die Grenzgänger	328
2.6.1	Die Haltung der Stadtregierungen und die Motive der Grenzgänger....	328
2.6.2	Die Lösung des Ostgängerproblems der SED	335
2.7	Wechselwirkungen der sozialökonomischen Konkurrenz.....	339
3.	Konsum ohne Grenzen	346
3.1	„Einkaufstourismus“ und Warenkonkurrenz	346
3.2	Der Berliner „Bäckerkonflikt“	353
3.3	„Herr Schimpf“ und „Frau Schande“	357
3.4	Die repressiven Maßnahmen West-Berlins und ihre ambivalente Bilanz	361
3.5	Ost-Berliner Blockadeversuche im Mai/Juni 1952.....	367
3.6	Die Offensive gegen „Schieber und Spekulanten“ (1952–1961).....	370
3.7	Ambivalenzen der Ost-Berliner Ausfuhrverbote.....	377
3.8	Vom Mangel zum „Luxus“ oder die Magie der Einkäufe im Westen.....	382
3.9	Der professionelle Warenschmuggel nach 1950.....	389
3.10	Offizielle Wirtschaftskontakte	393

4.	Konkurrierendes Bauen und Wohnen	396
4.1	Berliner Städtebau: Konzepte und Anspruch	396
4.2	Planen und Bauen unter gegensätzlichen Vorzeichen	400
4.3	„Schaufenster“-Ideologie in Stein und Glas	404
4.4	Finanzen, Ressourcen und sozialer Wohnungsbau im Wettstreit	406
4.5	Westliche „Interbau“ versus Ost-Berliner Wettbewerb „Stadtzentrum“	414

III. Kultur, Bildung und Sport

1.	Berlin im kulturpolitischen Wettstreit der Systeme	419
1.1	Die Politisierung der Kultur	420
1.2	Institutionen und Gremien zwischen Kulturkonkurrenz und Kontaktversuchen	428
1.3	Der Gesamtberliner Kulturplan des Senats und die Reaktionen in Ost-Berlin (1956–1961)	434
2.	Theater als Konfliktzone	440
2.1	Die Sprechbühnen nach der Teilung Berlins	440
2.1.1	Der Kalte Krieg erobert das Schauspiel	441
2.1.2	„Volksbühne“ gegen „Volksbühne“	444
2.1.3	Grenzgänger des Theaters?	447
2.1.4	Boleslaw Barlog, der Osten und die Unduldsamkeit	453
2.2	Der „Sängerkrieg“ an der Spree	459
2.2.1	Das musikpolitische „Schlachtfeld“ und die Schwierigkeiten für Senator Tiburtius	459
2.2.2	Die „Dissidenten“: Michael Bohnen, Margarete Klose und Erich Kleiber	462
2.2.3	Die Affäre Walter Felsenstein	471
2.3	Ein ähnliches Paar? West-Berliner „Festwochen“ und Ost-Berliner „Festtage“	477
3.	Die Kinokonkurrenz	483
3.1	Kulturpolitik auf der Leinwand	483
3.2	Die technische und finanzielle Situation	486
3.3	Das Kinoproblem in der östlichen Wahrnehmung	489
3.4	Die Grenzkinos als politisches Ärgernis	495
3.5	Die Lichtspiele im Osten und das „Tauwetter“	497
3.6	Westliche Kinosubventionen und ihre Folgen für Gesamtberlin	501
3.7	Die politische „Berlinale“	505

4.	Der Dualismus von Rundfunk und Fernsehen	510
4.1	Die Struktur des Berliner Hörfunks nach der Teilung	510
4.2	Die Ziele und Feindbilder des rundfunkpolitischen Wettbewerbs	512
4.3	Eine „freie Stimme der freien Welt“: Der RIAS	515
4.4	Berliner Radioprogramme im Wettstreit	519
4.4.1	Das gesprochene Wort	519
4.4.2	Musik und Unterhaltung	523
4.5	Die Anfänge der intersektoralen Fernsehkonkurrenz	525
5.	Doppelte Offerten: Populärkultur und Freizeitgestaltung	529
5.1	Unterhaltungskunst, Amüsement und volkstümliche Weihnachtsmärkte	529
5.2	Tierpark versus Zoo: Eine Ost-Berliner Erfolgsstory	536
5.3	„Magnetische Messen“ und Ausstellungen	541
6.	Bildung, Hochschule und Sport	549
6.1	Die Schulkonkurrenz im geteilten Berlin	549
6.1.1	Die Auseinandersetzung um die Berliner Einheitsschule und die Offensive der SED	550
6.1.2	Schulpolitische Wechselwirkungen	556
6.1.3	Der intersektorale Kampf um die Schüler aus dem Osten	560
6.1.4	Ostabiturienten zwischen SED und West-Berliner Interessen	567
6.1.5	Ferien- und Freizeitgestaltung als Sympathiewerbung	572
6.2	Das Duell der Berliner Universitäten und öffentlichen Bibliotheken ...	579
6.2.1	Die Freie Universität als politische Kreation	579
6.2.2	Konstituierung und Konsolidierung der rivalisierenden Berliner Hochschulsysteme	585
6.2.3	Umstrittene Oststudenten an der West-Berliner Alma Mater	588
6.2.4	Bibliotheken und grenzüberschreitende Buchausleihe	595
6.3	Sport	599
6.3.1	Wettstreit zwischen Abgrenzungsideologie und Einheitsmentalität	599
6.3.2	Die Konkurrenz der Sportarenen und Sportarten	606
	Zusammenfassung	611
	Abkürzungsverzeichnis	639
	Tabellenverzeichnis	643
	Literaturverzeichnis	645
	Personenverzeichnis	669
	Abbildungsverzeichnis	673

Einleitung

1. Ausgangslage und Ziele der Arbeit

„Berlin, die Insel der Freiheit“, müsse „politisch und wirtschaftlich so widerstands- und leistungsfähig gemacht werden“, dass es als „Vorort der freien Welt“ auf den Osten Berlins ausstrahle. Nichts geschehe im Westteil der Stadt, was im Sowjetsektor nicht verglichen und gewertet würde¹, bemerkte der Regierende Bürgermeister Walther Schreiber (CDU) im April 1954. Nur wenige Monate später formulierte der ostsektorale Magistrat wie folgt: In Berlin „existieren auf engstem Raum zwei Ordnungen nebeneinander. Die Menschen haben täglich unmittelbare Vergleichsmöglichkeiten. Vom demokratischen Sektor muß daher eine magnetische Kraft ausstrahlen, daß alle Werktätigen Berlins diesem Beispiel echter Demokratie zu folgen bereit sind.“² Kaum einen Zeitgenossen des Jahrzehnts nach der politischen Spaltung Berlins im Jahre 1948 überraschten diese im Kern sehr ähnlichen Aussagen, obwohl hinter ihnen einander diametral entgegengesetzte gesellschaftliche Ordnungen und politische Interessen standen. Beide Teile Berlins trennte und verband ein allgemeines Phänomen: der Konflikt zwischen dem parlamentarischen, rechtsstaatlich verfassten liberalen Westen und der östlichen kommunistischen Diktatur nach sowjetischem Muster. Gerade in der ehemaligen Reichshauptstadt bildete diese im Rahmen und in den Formen eines Kalten Krieges ausgetragene weltweite ordnungs- und machtpolitische Auseinandersetzung ihr wohl wichtigstes Merkmal aus: die Systemkonkurrenz. Ob konfrontativ, als friedlicher Wettbewerb oder in Kombination unterschiedlicher Methoden: Sie entwickelte in der Zeit zwischen 1948 und dem Mauerbau im geteilten Berlin Eigenschaften, die den Geist und Verlauf des allgemeinen Kalten Krieges spiegelten, aber auch regionale Spezifika mit ihren Rückwirkungen auf den Ost-West-Konflikt in toto. Zu den Besonderheiten dieser Konkurrenz im politisch geteilten Berlin gehörten als eine Einmaligkeit die bis zum Mauerbau noch offenen innerstädtischen Grenzen und eine damit verbundene relative Systemdurchlässigkeit

1 Walther Schreiber, „Berlins Wünsche und Erwartungen“, in: Presseamt des Senats, Nr. 88, 15.4.1954.

2 „Erklärung des Magistrats von Groß-Berlin vor der Volksvertretung Groß-Berlin am 22. November 1954“, in: Landesarchiv Berlin (LAB), C Rep. 902, Nr. 1313.

der Verhältnisse „hüben“ und „drüben“. Ebenfalls singulär waren die wechselseitigen „Schaufenster“³ der Überlegenheit, die der Wettbewerb hervorbrachte.

Die Berliner Systemkonkurrenz von der administrativen Spaltung der Stadt im Herbst 1948 bis zum Mauerbau im August 1961 ist der Forschungsgegenstand der Arbeit. Diese Teilungszäsuren bilden auch ihren Zeitrahmen. Das Thema umgreift inhaltlich die durch Spaltung und Kalten Krieg bedingte Berliner Systemauseinandersetzung einschließlich der von ihr definierten Kooperation in wichtigen politischen und gesellschaftlichen Segmenten. Indirekt erfasst die Analyse aber auch differenziert ordnungsinterne Prozesse, Interaktionen und Auseinandersetzungen auf beiden Seiten, insofern sie in Korrelation zur Systemkonkurrenz stehen und zu ihrem Verstehen beitragen. Das gilt auch für die vielen Facetten von Austausch und Kooperation in Berlin, die im doppelten Berliner Alltag omnipräsent und geschichtsmächtig waren, aber immer von der Systemkonkurrenz politisch „eingerahmt“ wurden.

Die Analyse fragt nach den Ursachen, Verläufen und Folgen der Berliner Systemkonkurrenz. Dabei werden unter dem Wettbewerbsaspekt drei politisch-gesellschaftliche Bereiche thematisiert: Politik selbst, Wirtschaft und Soziales sowie Kultur. Die Untersuchung geht detailliert auf die kaum im Zusammenhang untersuchten bzw. im Laufe der Jahre „verschütteten“ Probleme ein, wer die hauptstädtische Konkurrenz mit welchen Zielen betrieb, wie sie funktionierte und was sie für Berlin und das ebenfalls geteilte Deutschland bedeutete. Wirkte sie absichtsvoll über rationale Interessen oder eher eigendynamisch auf Politik und regionale Gesellschaften ein? Davon ausgehend, dass die Berliner Systemkonkurrenz bis

3 Die aufeinander bezogenen „Schaufenster“ in der Berliner Untersuchungsregion symbolisieren und repräsentieren die miteinander konkurrierenden „Großordnungen“. Der Autor des vorliegenden Buches versteht „Schaufenster“ als den bildhaften Begriff für die konkrete Selbstdarstellung der einander entgegengesetzten Gesellschaftsordnungen im zweigeteilten Raum. „Schaufenster“ werden durch die Absicht konstituiert, das jeweilige gesellschaftliche und politische System durch Anziehungskraft („Magnetismus“) innenpolitisch zu stabilisieren und dessen Akzeptanz und Einfluss nach außen zu vergrößern. Davon abgeleitet wird unter dieser Bezeichnung die Summe von politischen, sozialen, kulturellen sowie Konsum- und Dienstleistungs-, aber auch ideologischen u.a. Angeboten (auch Identifikationsofferten) gesehen, die von beiden Seiten im Rahmen der von Abgrenzung und Verflechtung gekennzeichneten politischen Auseinandersetzung und gesellschaftlichen Konkurrenz auf unterschiedliche Weise und mit verschiedenartigen Mitteln unterbreitet und zu realisieren versucht wurden. „Schaufenster“ sind keineswegs statisch. Ihre Inhalte verändern sich mit den ordnungs- und außenpolitischen sowie gesellschaftlichen Zielen ihrer Urheber. Sie können auch insofern „negativ“ angelegt sein, als sie Werte und Angebote präsentieren, die auf innere Systemgegner desintegrierend wirken und versuchen sollen, sie, wie die äußeren Gegner, von regimfeindlichen Handlungen abzuschrecken.

zum Mauerbau von der historischen Forschung nicht umfassend und systematisch und auch kaum in ihren großen Zusammenhängen untersucht wurde und sie nach Lage der Dinge sehr lückenhaft sowie in Vielem aus der Erinnerung gelöscht ist, will die Arbeit diese Konkurrenz dicht und stringent rekonstruieren. Wenngleich Analyse und fachwissenschaftliches Urteil nicht in den Hintergrund treten, ist sie als ein Angebot zu verstehen, den Konkurrenzkampf der Systeme im geteilten Berlin „an den Quellen entlang“ nachzuvollziehen und zu verstehen. Da „zeitgeschichtliches Erleben im historischen Diskurs in zwei Hauptformen als unmittelbare Autorität zutage (tritt), als citativ und als narrativ“⁴, werden dem Leser eine Vielzahl von nachprüfbaren historischen Informationen zur Verfügung gestellt, die er gegeneinander abwägen und mit den Erkenntnissen des Verfassers vergleichen kann. Eine Vielzahl von Fakten u.a. über die Rolle von Persönlichkeiten, politischen Gruppierungen und Institutionen in der Berliner Systemkonkurrenz, aber auch über bislang eher unbekannte Konzepte, Interaktionen sowie über Mentalitäten und Stimmungslagen werfen neue, aber auch alte Fragen erneut auf: Über welche Handlungsspielräume verfügten die Kontrahenten im häufig verwirrenden Geflecht von Aktion und Reaktion? Bis wann, warum und wo besaßen beide Seiten im Konkurrenzkampf Chancen oder glaubten sie zu besitzen? Bedeutung gewinnen auch die Probleme, inwiefern die Systemkonkurrenz in Berlin Anteil sowohl an politischen Polarisierungen in der Stadt und der Eskalation des Kalten Krieges als auch an seiner „vernünftigen“ Begrenzung hatte und ob der grenzüberschreitende Wettbewerb mehr zur Bewahrung oder aber zur Auflösung des Verflechtungsgebietes beitrug und somit auch zu einem Identitätswandel in diesem Raum. Das Forschungsinteresse führt damit zu der weiterführenden Frage, ob und wie die permanente Auseinandersetzung der Berliner mit der Systemkonkurrenz die Gesellschaften der geteilten Metropole in ihrem Innern veränderte und welche Faktoren in dieser Hinsicht eine Rolle spielten. Dabei steht die Differenzierung von Beweggründen und Entscheidungen der beiderseits auf Herrschaftssicherung bedachten Politik sowie von Wahrnehmungen der in den Dingen und Erscheinungen steckenden Konkurrenz durch die Bevölkerung im Vordergrund: Wie beeinflusste der Systemwettbewerb ihr Alltagsverhalten, das, offenbar viel stärker als bislang angenommen, vom sektorenübergreifenden individuellem Handel, ähnlichen Konsumwünschen und Erwerbsmentalitäten, aber auch von tradierten kulturellen Gewohnheiten gesteuert wurde? Wichtigstes Ziel der Untersuchung bleibt es, neue Kenntnisse und Erkenntnisse über die Systemkonkurrenz im geteil-

4 Martin Sabrow, *Der Historiker als Zeitzeuge. Autobiographische Umbruchreflexionen deutscher Fachgelehrter nach 1945*, in: Konrad H. Jarausch/Martin Sabrow (Hrsg.), *Verletztes Gedächtnis. Erinnerungskultur und Zeitgeschichte im Konflikt*, Frankfurt a.M./New York 2002, S. 128.

ten Berlin zu gewinnen und damit zu einer politischen Gesellschaftsgeschichte der Stadt im Kalten Krieg beizutragen.

2. Gestaltungsprinzipien und Methoden

Beide Berliner Verflechtungs- und Teilungsgesellschaften entwickelten sich nach 1948 in Konkurrenz zueinander, d.h. aufeinander bezogen, relativ unabhängig von der Frage, ob und wo sie bereits als separat oder als die zwei Teile eines soziokulturell noch einheitlichen Organismus anzusprechen waren. Nähe und Distanz bildeten die Pole, zwischen denen sie sich ständig bewegten. Während Nähe wesentlich das Mit- und Nebeneinander der Berliner „Normalbürger“ im Alltag charakterisierte, bildete Distanzierung das wichtigste Merkmal der offiziellen Politik, dann aber auch ein Charakteristikum für den politischen Umgang der Berliner mit sich selbst und den sie umgebenden Verhältnissen. Doch brachte das Leben auf beiden Seiten der Stadt permanent Mischformen von Nähe und Distanz hervor, die sich vor allem mental artikulierten. Annäherung und Abgrenzung ziehen auch methodische Konsequenzen nach sich: Zum einen muss davon ausgegangen werden, dass auch für die unmittelbare Berliner Systemkonkurrenz die These Christoph Kleßmanns von der deutschen Nachkriegsentwicklung als einer Geschichte von (asymmetrischer) Verflechtung und Abgrenzung zutrifft⁵, und zum anderen zwingt die Natur des Forschungsgegenstandes zu einer konsequent integralen Analyse. Für sie spricht auch die an anderer Stelle noch einmal aufgegriffene Hypothese des Verfassers, dass eine Reihe von Ereignissen und Aktionen, die von der Forschung bislang als die Sache entweder der einen oder der anderen Seite angesehen wurde, im Systemwettbewerb viel stärker eine gesamtstädtische Problemstruktur besaß. Eine andere integrale Perspektive ergibt sich aus der einheitlichen Behandlung der drei der Arbeit inhärenten Untersuchungsebenen: der regionalen, der deutschen und der internationalen. Zwar bleiben sie als solche erkennbar, sind jedoch in der Analyse und Darstellung vermischt bzw. unlösbar „verzahnt“, etwa bei der Integration „beider Berlin“ in ihre konkurrierenden Präferenzstaaten und Bündnisssysteme. Die vorliegende geschichtswissenschaftliche Untersuchung lebt von kontrastierenden Gegenüberstellungen und Vergleichen. Sie enthält sowohl Elemente einer Beziehungs- als auch Parallelgeschichte, die sich der Einheit der Konkurrenzzerzählung unterordnen. Auch insofern entsteht kein Widerspruch

5 Vgl. Christoph Kleßmann, Verflechtung und Abgrenzung. Aspekte der geteilten und zusammengehörigen deutschen Nachkriegsgeschichte, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), Beilage der Wochenzeitung Das Parlament, B 29–30/1993, S. 30–41.

zwischen integralem Anspruch und einigen „separaten“ Modi seiner Einlösung. Die Arbeit behandelt beide Berliner Seiten gleichrangig, obwohl nicht durchgängig proportional und im Einzelnen gleichgewichtig. Hier spielen u.a. der unterschiedliche Stellenwert einer Sache für die eine oder andere Konfliktpartei eine Rolle, aber auch die Dichte und Qualität der Überlieferung, unterschiedliche Verlaufsmuster u.a.m. Auch ist der bereits genannte Umstand zu berücksichtigen, dass West-Berlin in Vielem besser erforscht ist als sein östliches Pendant. Ihre wissenschaftliche Gleichbehandlung werden beide Teile auch weniger durch darstellerischen Proporz erhalten als vielmehr durch die vom Verfasser angestrebte Ausgewogenheit in Analyse und Urteil.

Systemkonkurrenz ist immer politisch. Das gilt auch für den Berliner Konflikt. Doch treten Wirtschaft, Soziales und Kultur nicht nur in ihrer politischen Konkurrenz-Eigenschaft in Erscheinung, sondern gleichfalls als wichtige Entwicklungsfelder der in sich unterschiedlichen und sich weiter differenzierenden Berliner Nachkriegsgesellschaften. Dieser Gesichtspunkt wird durch die analytische Einbeziehung der Lebenslage der Berliner in beiden Teilen der Stadt, ihrer Interessen, politischen Wahrnehmungen sowie ihres Alltagsverhaltens im Wirtschaftlich-Sozialen und Kulturellen verstärkt. Insbesondere trifft das für die inhaltlich weit gerahmte Kultur zu, die Gesellschaft und Politik durchdrang, den Umgang der Kontrahenten und Parteigänger miteinander beeinflusste sowie den Verlauf und die Intensität der Systemkonkurrenz „vor Ort“ mitbestimmte. Insofern enthält die vorliegende Analyse auch Ansätze für eine noch zu schreibende politische Kulturgeschichte Berlins nach dem Zweiten Weltkrieg.

Bei der Abhandlung der drei relativ autonomen Analysebereiche folgt der Verfasser einem systematischen Analyse- und Darstellungsprinzip, innerhalb dessen jedoch einer nicht schematisch gehandhabten Chronologie. In den keineswegs „flächendeckenden“ Kapiteln und Abschnitten kommen Prozesse, Personen und Probleme zu Wort, die für die Herausarbeitung des Wesens, des Verlaufs sowie der Wirkungen der Berliner Systemkonkurrenz wichtig und unverzichtbar erscheinen. Sie verdeutlichen sowohl Typisches und Besonderes als auch Kontinuität und qualitativen Wandel, werfen aber auch einige inhaltliche und strukturelle Probleme auf, die einer knappen Erklärung bedürfen.

So schenkt die Arbeit der Grenzgängerproblematik deshalb größte Aufmerksamkeit, weil sie wichtige Handlungen und Personen multifunktional verbindet und – geradezu als Inkarnation von Systemkonkurrenz – zum Verständnis von Abhängigkeiten und Interessenkonflikten in Berlin wesentlich beiträgt.⁶ Auch aus

6 Die Untersuchung knüpft an die ausgezeichnete Studie von Frank Roggenbuch an: Frank Roggenbuch, Das Berliner Grenzgängerproblem. Verflechtung und Systemkonkurrenz vor

diesem Grund beschäftigt sich die Analyse relativ ausführlich mit Auseinandersetzungen, die nur auf den ersten Blick „Kampfepisoden“ waren, tatsächlich aber Schnittpunkte des internationalen, deutschen und regionalen Kalten Krieges darstellten, an denen Bündnisstrukturen, Potentiale und Taktiken in der Systemkonkurrenz, aber auch „Schaufenster“-Konzepte und -wirkungen sichtbar werden. Dazu zählen die großen östlichen Jugendfestivals (1950/51) in Berlin sowie die riskante westliche Lebensmittelhilfsaktion von 1953. Besonderes Augenmerk wird auf die Akteure der Systemkonkurrenz gelegt; zum einen auf diejenigen, die aktiv, zumeist als politisch verantwortliche Gestalter, Entscheidungen trafen sowie zum anderen auf Personen, die von beiden Seiten für die eine oder andere Sache instrumentalisiert wurden und manchmal unfreiwillig zum Fortgang des berlinpolitischen Dramas beitrugen.

Die Absicht des Verfassers, auch indirekt wirkende Faktoren und Zusammenhänge der Konkurrenz in die Untersuchung einzubeziehen, führte zu der Entscheidung, den Niedergang der Ost-Berliner Privatwirtschaft als eine nicht zu unterschätzende Ursache für realsozialistische Wettbewerbsnachteile stärker zu gewichten. Dass die für sein Thema unverzichtbare Berlinwerbung dem ersten Kapitel als Exkurs zugeordnet wird, resultiert aus dem Primat ihrer politischen Wettbewerbsfunktion.

Einer kurzen Erörterung bedarf auch das außerordentlich schwierige Problem der Periodisierung der Berliner Nachkriegs- und Konkurrenzgeschichte sowie der damit verbundenen Herausarbeitung inhaltlicher Zäsuren. Zum einen spiegeln sich internationale und nationale Entwicklungsabschnitte sowie die sie mitbestimmenden zentralen Ereignisse im Hauptstadtraum nur allgemein.⁷ Zu ihrer sehr eingeschränkten Übertragbarkeit trugen dessen zahlreiche Besonderheiten bei, insbesondere Statusregelungen und Verflechtungsbeziehungen, die exogene Konflikte als Möglichkeit der regionalen Zäsurbildung stark relativierten. Zum anderen fällt die Bestimmung von Entwicklungsetappen und Einschnitten in der Wettbewerbsentwicklung schwer, weil sie in West- und Ost-Berlin teilweise höchst unterschiedlich, häufig zeitversetzt und asymmetrisch, zutage traten. Dieser Befund trifft auch innerhalb der Teilstädte für die Definition von politischen, sozioökonomischen und kulturellen Zäsuren zu, die oft nicht miteinander korrespondieren. Insgesamt lässt sich bislang nur der Volksaufstand vom 17. Juni 1953

dem Mauerbau (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 107), Berlin/New York 2008.

7 Eine gewisse Ausnahme bilden 1955 die sowjetische Zwei-Staaten-Theorie, die auf die Innerberliner Auseinandersetzung um den Anspruch der SED auf Ost-Berlin als Hauptstadt der DDR politisch-propagandistisch durchschlug, und das Chruschtschow-Ultimatum (1958) als Auslöser der zweiten Berlinkrise.

als vor allem politischer und das Jahr 1957 als soziokultureller Gesamtberliner Wettbewerbseinschnitt erkennen.

3. Inhaltliche Probleme und Thesen

Seit der Berlinkrise 1948/49 entwickelte sich die alliierte Sektorenstadt als singuläres Problem der europäischen Nachkriegsentwicklung zu einem Brennpunkt des Kalten Krieges und zum weltweit größten politischen und gesellschaftlichen Konkurrenzunternehmen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Die Stadt und ihr unmittelbares brandenburgisches Umfeld bildeten einen Fokus, der sowohl welt- und national- als auch regionalhistorisch bestimmt war. Vor allem gingen wie nirgendwo sonst in Europa – vielleicht sogar in der Welt – regionale und nationale Geschichte so enge Verbindungen ein wie in Berlin. Und ebenso einmalig standen Politik und Gesellschaften dieses Verflechtungs- und Teilungsgebietes für den Kalten Krieg – für seine gefährlichen Zuspitzungen, aber auch für Tendenzen der Deeskalation. In der geteilten Millionenstadt entwickelten sich Ost-West-Konflikte (Berlin Krisen) besonders scharf, gleichzeitig aber auch Konfliktlösungsversuche und Alternativen zur Konfrontation (Passierscheinregelung, alliiertes Berlinabkommen von 1971) schneller als in anderen Regionen des Kalten Krieges. Eine Analyse Berlins nach 1948 unter dem Aspekt der Systemkonkurrenz ist auch deshalb besonders reizvoll, weil zwei gesellschaftliche Großordnungen in einem überschaubaren Raum unmittelbar aufeinanderprallten und sich unter besonderen Bedingungen wie auf einem „Versuchsfeld“ einem Dauertest unterzogen. Die öffentliche Überprüfung der Leistungsfähigkeit beider Systeme und von Überlegenheit, die jedes für sich in Anspruch nahm, vollzog sich hauptsächlich in der Form verschiedenartiger Vergleiche, die ein jeder – beinahe ungehindert – direkt vor Ort oder mittels Informationen „aus erster Hand“ anstellen konnte. So war sowohl die reale Berliner Systemkonkurrenz als auch ihre Wahrnehmung bis zum Mauerbau im Prinzip entgrenzt. Die Analyse geht von der inzwischen als gesichert geltenden These aus, dass es sich mit beiden Teilstädten und dem berlin-nahen brandenburgischen Umland – bei allen teilungsbedingten Entwicklungen nach 1948 – in Vielem noch um ein durch vielfältige Korrelationen und Interaktionen gekennzeichnetes Verflechtungsgebiet handelte.⁸ Diese These wird jedoch wie folgt erweitert: Verflechtungen waren nicht nur historisch determiniert, son-

8 Vgl. Michael Lemke, Zum Problem der Analyse Berlins und seines Brandenburger Umlandes als ein besonderes Verflechtungsgebiet im Ost-West-Konflikt, in: Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien, Nr. 18–19/2000, S. 45–51.

dern wiesen auch Merkmale auf, die sich nach 1948/49 nicht zuletzt durch die Konkurrenzsituation herausbildeten. In gewisser Weise und in einem noch näher zu untersuchenden Umfang reproduzierten sich Verflechtungen bzw. bildeten sich neue Vernetzungsstrukturen heraus, die offenbar weitreichender und wirksamer waren, als die historische Fachliteratur sowie die begrenzte Erinnerung sie bislang erfasst. Für die gesamte Analyse gilt die zu überprüfende Vermutung des Verfassers, dass die Systemkonkurrenz im geteilten Berlin dort am stärksten war, wo sich die Verflechtung besonders intensiv und dauerhaft gestaltete sowie auch unter quantitativen Aspekten Gewicht annahm.⁹ Da Verflechtung gegenseitige Beziehungen voraussetzt, steht immer auch die Frage, auf welche sozialen und politischen Kräfte und Motive sie sich in beiden Teilen Berlins konkret stützte. Andererseits erhielt die gegenläufige separatistische Tendenz zur Entwicklung zweier Gesellschaften in der Stadt, die sich allerdings erst nach dem Mauerbau voll entfaltete, zunehmend Gewicht. West-Berlin prägte in Kultur und Lebensweise zunächst in Ansätzen, dann stärker, etwas Eigenes aus, das es nicht nur vom Ostteil Berlins, sondern auch von den Großstädten der Bundesrepublik unverwechselbar zu unterscheiden begann. Demgegenüber baute die SED Ost-Berlin zum administrativen und kulturellen Zentrum der realsozialistischen DDR aus. Den Weg zur „Hauptstadt der DDR“ pflasterte sie mit ideologischer Abgrenzung und Repression, aber auch mit Konsum- und sozialen Angeboten sowie beruflichen Aufstiegschancen. So bildete die traditionelle ehemalige Reichshauptstadt für die Berliner in ihrem Ostteil, zunehmend aber für alle DDR-Bürger, bereits vor dem Mauerbau ein doppeltes Spannungsfeld. Das mit der DDR in jeder Hinsicht verbundene Ost-Berlin, Sitz der Regierung und politischer Zentralverwaltungen, erlebten und akzeptierten sie im Laufe der Jahre tatsächlich als Metropole der DDR, in der die gleiche gesellschaftliche und politische Ordnung herrschte wie in der „Republik“ – auch insofern sah man sich in die gleiche „Schicksalsgemeinschaft“ gestellt. Ost-Berlin übte eine gewisse Anziehungskraft auf „Randberliner“ und andere Bürger aus, die hier u.a. in beträchtlicher Anzahl arbeiteten, einer Ausbildung nachgingen, zentrale Behörden aufsuchten, Einkäufe machten sowie kulturelle Einrichtungen besuchten u.a.m. Häufig hatte eine Fahrt nach Ost-Berlin den Anlass (oder den Vorwand) für einen Besuch der Westsektoren gebildet. Nach dem Mauerbau avancierte die „Hauptstadt der DDR“ zum eigentlichen

9 Neben verwandtschaftlichen und anderen zwischenmenschlichen Beziehungen wirkten der gegenseitige kulturelle Besuchsverkehr, der bilaterale Austausch von Waren, Dienstleistungen und Arbeitskräften, aber auch die grenzüberschreitende Beschulung und Bildung sowie die Nutzung von beiderseitigen Informations- und geistigen Austauschmöglichkeiten in diesem Sinn. Dem Problem von Qualität und Ausmaß der vielschichtigen Verflechtung wird im Folgenden größte Aufmerksamkeit gewidmet.

Ziel, und es schien so, als würde sie mit ihrer gegenüber der „Republik“ größeren Attraktivität zunächst eine Art „Ersatz-West-Berlin“ sein.

Es fragt sich, ob die Tendenz zur gegenseitigen Abgrenzung nach 1948/49 insbesondere durch Sicherheitsmotive bestimmt wurde. So hielten die führenden Kräfte in Ost und West bis zum Mauerbau eine Wiederholung der „Blockade“ respektive eine neue Berlinkrise oder andere Zuspitzungen offenbar für möglich, in bestimmten Situationen sogar für wahrscheinlich. Schon deshalb versuchten sie, wie auch immer geartete Abhängigkeiten von der jeweils anderen Seite, die erfahrungsgemäß als Druckmittel wirken konnten, sowie überhaupt Störpotentiale, zu minimieren.

Doch während der Senat von West-Berlin trotz seines antikommunistischen Konfrontationskurses prinzipiell an der Aufrechterhaltung von Gemeinsamkeiten als Bedingung für die demokratische Wiederherstellung der Einheit Berlins interessiert schien, versuchten SED und Magistrat, vermutlich vorrangig aus politischen und ideologischen Gründen, sie schrittweise abzubauen. Aber auch sie sahen sich dabei näher zu untersuchenden Zwängen ausgesetzt, die sowohl von der eigenen Bevölkerung als auch von nationalen und internationalen Konstellationen ausgingen, wahrscheinlich nicht zuletzt von der Sowjetunion, die häufig Rücksichten auf alliierte Berlinabmachungen und auf die Interessen der mit ihr konkurrierenden Westmächte nahm. Ein zumindest zeitweiliges Desinteresse der SED an einer forcierten Beendigung innerstädtischer Beziehungen resultierte offenbar auch aus ihren propagandistischen gesamtdeutschen Zielen und dem gleichfalls vom Senat erhobenen politisch-moralischen Anspruch auf das ganze Berlin. Die Stimmung der Bevölkerung und eine zur Stabilisierung der innenpolitischen Lage notwendige Glaubwürdigkeit von „nationalen“ und Überlegenheitskonzepten der SED bremsten, wie es zunächst Indizien belegen, den maßgeblich von ihr angetriebenen Berliner Teilungsprozess in Abstimmung mit der konkreten politischen Situation ab. In welchem Maß fielen dabei wirtschaftliche und finanzielle Motive der ostdeutschen Staatspartei ins Gewicht, deren kommerzielle Offerten sich in der Regel mit politischen Anerkennungsforderungen an den Senat verbanden? Alles in allem ist zu vermuten, dass politische Abgrenzung nicht immer und nicht gleichzeitig einen weiteren Abbau allgemeiner Verflechtungsbeziehungen nach sich zog. Das lag wohl auch mit daran, dass Konfrontation und Wettbewerb nicht pausenlos eskalierten. Es gab Phasen der Beruhigung, die, wie zu sehen sein wird, bei vielen Betroffenen die Hoffnung auf eine prinzipielle Wende zum Besseren immer wieder entstehen ließen. Dieses Phänomen trug (hypothetisch) dazu bei, dass das Ost-West-Konkurrenzverhältnis sich nicht nur über die politische Teilung von Stadt und Umland definierte, sondern eben auch über die bis 1961 starke innere Aufeinanderbezogenheit, durch ein System von vorrangig nichtstaatlichen gegenseitigen Abhängigkeiten. Wenngleich sie in vielem asymmetrisch

waren, schienen sie Politik und Gesellschaft miteinander zu verbinden, im Positiven wie im Negativen. Zu der von vielen Zeitgenossen als „Normalität“ des Kalten Krieges wahrgenommenen Lage in und um Berlin trug das Bewusstsein der beiden Stadtverwaltungen und von Politikern in den beiden deutschen Staaten bei, dass man sich trotz Konfrontation und der an politischer Distanz interessierten Alliierten in Alltagsproblemen irgendwie miteinander arrangieren müsse, zuvorderst in technischen Fragen. Während die sektorenübergreifenden administrativen Interaktionen im geteilten Berlin mit einigen wichtigen Ausnahmen nach bisherigen Erkenntnissen jedoch relativ schwach waren und in der Tendenz weiter zurückgingen, nahm die vielschichtige Systemkonkurrenz in Gestalt des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Wettbewerbs augenscheinlich zu. Auch er blieb freilich eine Ausdrucksform des Kalten Krieges. Parallel zu der Erscheinung, dass sich die Führungen in beiden Hälften der geteilten Großstadt auf unumgängliche technische Kontakte beschränkten und dabei offenbar nur ein begrenztes Maß an Pragmatismus zeigten, entwickelte sich auf nichtstaatlichen Ebenen ein noch näher zu bestimmender, aber sicher nicht unwesentlicher Kleinhandel sowie ein intensiver kultureller Austausch. So scheint sich die Vermutung zu bestätigen, dass diese Seite der Systemkonkurrenz trotz härtester politischer Rivalität und verordneter Abgrenzung mehr zur Bewahrung des einheitlichen Lebensraumes als zu seiner Teilung beitrug. Das hing, wie anzunehmen ist, nicht immer nur mit der politischen „Großwetterlage“, sondern auch mit originär Berliner Ursachen zusammen (u.a. die gegenüber Westdeutschland nachholende Konjunktur in West-Berlin sowie Bedarfsrüfen und Mängel in Ost-Berlin). Auch wird die Frage zu beantworten sein, inwiefern der regionale Systemwettbewerb mit seinen „Schaufenstern“ auf beiden Seiten tatsächlich eine Quelle der Produktivität war. Ob sich die Verflechtungsdynamik kulturell und im Alltag möglicherweise häufig umgekehrt proportional zur politischen Abgrenzung verstärkte, werden vor allem die folgenden Analysen der Konsumkonkurrenz und des kulturellen Wettbewerbs klären helfen.

Viele Zeitgenossen nahmen die von den Wechsellagen des Kalten Krieges bestimmte politische Instabilität offenbar als Normalität wahr. Auch scheint sich zu bestätigen, dass die kulturell und alltagspolitisch determinierte Verflechtungsgesellschaft gegenüber verschiedenen politischen Einflüssen und konfrontativen Zuspitzungen eine weitgehende Resistenz, beachtliche Stabilität und Flexibilität entwickelte. So schien sie schnell in der Lage, beispielsweise die Folgen beider Berlinkrisen (1948 und 1958) wirksam begrenzen bzw. überwinden zu helfen.

Auch das würde auf die generelle These des Verfassers¹⁰ hinauslaufen, dass sich bis 1961 aufgrund der historisch gewachsenen Verflechtungen in Berlin und aktueller besonderer Beziehungen in Kultur und Alltag Merkmale für eine systemübergreifende „gemischte“ Gesellschaft herausbildeten, die auf der Grundlage relativer Offenheit bzw. Systemdurchlässigkeit durch einen mehrdimensionalen Austausch innerhalb (und trotz) des Kalten Krieges zustande kamen. Zwei weitere damit verbundene Arbeitsthemen beurteilt der Autor aufgrund seiner bisherigen Berlinforschungen als wahrscheinlich zutreffend; sie bedürfen jedoch im Folgenden einer gründlichen Überprüfung. Wie bereits angedeutet, sieht er zum einen wichtige Ereignisse und Großaktionen, z.B. den Volksaufstand vom 17. Juni 1953, aber auch signifikante krisenhafte Entwicklungen – etwa in den Berliner Auseinandersetzungen der Jahre 1952/53 und 1960/61 –, die bislang als Sache der einen oder anderen Seite galten, viel stärker unter Gesamtberliner Aspekt und Konkurrenzvorzeichen. Ebenso stellt sich ihm die Frage, ob der innenpolitische Beweggrund der SED für den Mauerbau nur die Verhinderung des wirtschaftlichen „Ausblutens“ der DDR (und Ost-Berlins) war, oder ob nicht die nach 1957 eindeutig zunehmende Intensität des alltäglichen „verflechtenden“ Austauschs zwischen beiden Teilen der Stadt, insbesondere die vorrangig soziokulturelle „Republikflucht auf Zeit“ der Ost-Berliner „Massen“, einen zweiten Grund bildete, eine Mauer oder Ähnliches zu errichten. Welche andere Lösung bot sich der SED als real an? Zumindest indirekt liefert u.a. der Umstand, dass die emotionale Bindung der Ost- und „Rand“-Berliner an den Westteil der Stadt auch nach dem Mauerbau noch geraume Zeit nachwirkte, dafür ein Indiz. Dieser starke Nachklang bildete ein retardierendes Moment für die von der SED gewünschte Identifikation der Betroffenen mit Berlin als „Hauptstadt der DDR“ und mit sozialistischen Staatsbürgern.

4. Anmerkungen zu Forschungsstand und Quellenlage

Umfassendere historische Analysen der Systemkonkurrenz – wie überhaupt der Berliner Gesellschaft im Ost-West-Konflikt – stehen, worauf der Verfasser bereits in einem anderen Begründungszusammenhang hingewiesen hat, noch weitgehend aus. Erheblichen Anteil an entsprechenden Defiziten hatte zunächst die bis zum Mauerfall für beide Seiten ungünstige Quellensituation. Desiderate entstanden aber auch deshalb, weil die Bedingungen des Kalten Krieges eine sachliche Histori-

10 Vgl. dazu Michael Lemke, Berlin-Brandenburg im Ost-West-Konflikt. Ergebnisse und neue Fragen, in: Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien, Nr. 36/37, Juni 2006, S. 7–14.

sierung stark einschränkten und so viele ältere zeitgeschichtliche Arbeiten Objektivität weitgehend vermissen ließen. Auf der östlichen Seite immunisierte der „Topos des objektiven Gegners“ die Geschichtsschreibung vor der kritischen Infragestellung des SED-Bildes insbesondere von der Berliner Systemauseinsetzung, „indem er westliche Auffassungen als bürgerlich auszugrenzen erlaubte, ohne sie inhaltlich zur Kenntnis zu nehmen“.¹¹ Auch trifft die Beobachtung Martin Sabrows gerade für die Behandlung der brisanten Berlinproblematik zu, dass der „holistische Geschlossenheitsanspruch“ der DDR-Historiografie „keinen Widerspruch zwischen Lebens- und Parteigeschichte (gestattete) und so den Typus einer gleichsam kollektivierten Erinnerung (schuf), die den Doppelanspruch auf historische Objektivität und gelebte Authentizität erhob“.¹² Westlicherseits zeigten sich innerhalb der sich mit dem „Kampf um Berlin“ beschäftigenden Historikerzunft im Einzelnen zwar Zwischentöne und Differenzierungen, doch dominierte insgesamt ein scharfer Antikommunismus.¹³ Auch das trug zu einer starken Hervorhebung der Konfrontation im Berliner Raum bei und ließ die Untersuchung von deeskalierenden Momenten, von Formen des moderateren Wettbewerbs und grenzüberschreitender Interaktion, zurücktreten. Arthur Schlegelmilch machte 1994 auf dieses Manko aufmerksam und entwickelte eine Forschungsperspektive, die neben Konfrontation und Spaltung in Berlin auch die Gegenteilstendenzen zu diesen Phänomenen des Kalten Krieges berücksichtigt.¹⁴ Regionale Verflechtungen standen nun mit im Vordergrund des Interesses.¹⁵ Überdies hatten sich die Studien bislang hauptsächlich mit dem Westteil der Stadt beschäftigt – seltener mit dem Ostsektor. Das änderte sich nach „Wende“ und Wieder-

11 Martin Sabrow, Einleitung: Geschichtsdiskurs und Doktringesellschaft, in: ders. (Hrsg.), *Geschichte als Herrschaftsdiskurs. Der Umgang mit der Vergangenheit in der DDR*, Köln/Weimar/Wien 2000, S. 30.

12 Ders., *Der Historiker als Zeitzeuge*, S. 138.

13 Beispielhaft: Lowell Bennet, *Bastion Berlin, Das Epos eines Freiheitskampfes*, Frankfurt am Main 1951; Wolfgang Paul, *Kampf um Berlin*, München/Wien 1962; Curt Riess, *Alle Straßen führen nach Berlin*, Hamburg 1968.

14 Schlegelmilch plädiert für mehr analytische Ausgewogenheit: „Nicht mehr allein die Analyse eines mit scheinbar unerbitterlicher Zwangsläufigkeit fortschreitenden Spaltungsprozesses, sondern auch das Aufzeigen von gesamtstädtischen Kohäsionskräften und Verklammerungen gehört heute wieder zum Aufgabenkatalog der Berlin-Forschung.“ Arthur Schlegelmilch, *Tendenzen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Berlins seit 1945. Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Ost-West-Vergleich*, in: Wolfram Fischer/Johannes Bähr (Hrsg.), *Wirtschaft im geteilten Berlin 1945–1990. Forschungsansätze und Zeitzeugen* (= Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Band 76), München u.a. 1994, S. 2.

15 Vgl. Lemke, *Zum Problem der Analyse*, S. 45f.

herstellung der Einheit Deutschlands und Berlins zwar nicht schlagartig, aber allmählich. Zu verschiedenen Aspekten der geteilten Hauptstadt im Kalten Krieg erschien eine Reihe von wissenschaftlichen Artikeln und Aufsätzen sowie einige Sammelbände, aber vergleichsweise wenige Monografien. Auf den diesbezüglichen Literaturstand sei an dieser Stelle nur verwiesen.¹⁶ Die Berliner Systemkonkurrenz wurde seit etwa 1995/96 von der Zeitgeschichtsschreibung stärker erfasst, aber auch hier nicht als Gesamtphänomen, sondern in Teilbereichen von Politik und Gesellschaft, in der Regel unter Fragestellungen von „mittlerer Reichweite“. Die durchweg gut recherchierten Arbeiten konzentrierten sich auf die politischen und gesellschaftlichen Bereiche Massenmedien (Presse und Rundfunk), auf den Systemwettbewerb im Bau und beim Wohnen sowie im Sport.¹⁷ Nach wie vor fehlen Untersuchungen der wirtschaftlichen und sozialen, wie aber auch der kulturellen Konkurrenz im weiten Sinn. Eine Ursache für die immer noch erheblichen For-

16 Vgl. Michael Lemke (Hrsg.), *Schaufenster der Systemkonkurrenz. Die Region Berlin-Brandenburg im Kalten Krieg*, Köln/Weimar/Wien 2006, S. 12–17.

17 Zu Presse und Rundfunk: Susanne Gerber, *Der Telegraf: Entstehung einer SPD-nahen Lizenzzeitung in Berlin 1946 bis 1950*, in: Arnulf Kutsch/Walter Hömberg (Hrsg.), *Kommunikationsgeschichte*, Bd. 13, Münster 2002; Herbert Kundler, *RIAS Berlin. Eine Radio-Station in einer geteilten Stadt*, Berlin 2002; Manfred Rexin (Hrsg.), *Radio-Reminiszenzen. Erinnerungen an RIAS Berlin*, Berlin 2002; Maral Herbst, *Sender für die Hauptstadt. Ein struktureller Vergleich von Nordwestdeutscher Rundfunk Berlin, Sender Freies Berlin und Berliner Rundfunk 1949 bis 1961* (Dissertation HU-Berlin), Berlin 2001; Petra Galle, *RIAS Berlin und Berliner Rundfunk 1945–48. Die Entwicklung ihrer Profile in Programm, Personal und Organisation vor dem Hintergrund des beginnenden Kalten Krieges*, Münster u.a. 2004. Zu Bauen und Wohnen: Harald Bodenschatz, *Antworten West-Berlins auf die Stalinallee*, in: Helmut Engel/Wolfgang Ribbe (Hrsg.), *Karl-Marx-Allee: Magistrale in Berlin. Die Wandlung der sozialistischen Prachtstraße zur Hauptstadtstraße des Berliner Ostens*, Berlin 1996, S. 141–162; Dieter Hannauske, *Wohnungspolitik im Kalten Krieg. Zum Wohnungsbau in Ost- und West-Berlin 1949–1961*, in: *Berlinische Monatsschrift* 3, 2001; Peter Müller, *Symbolsuche. Die Ost-Berliner Zentrumsplanung zwischen Repräsentation und Agitation*, Berlin 2005; Wolfgang Ribbe, *Wohnen im geteilten Berlin. Stadtplanungen, Architektur und Wohnverhältnisse während des Kalten Krieges im Systemvergleich*, in: Michael Lemke (Hrsg.), *Konfrontation und Wettbewerb. Wissenschaft, Technik und Kultur im geteilten Berliner Alltag (1948–1973)*, Berlin 2008, S. 164. Zum Sport: Jutta Braun/Hans Joachim Teichler (Hrsg.), *Sportstadt Berlin im Kalten Krieg. Prestigekämpfe und Systemwettstreit*, Berlin 2006; Jutta Braun/Renè Wiese, *Duell an der Spree – Sportkultur und Sportverkehr in Berlin (1949–1961)*, in: Lemke (Hrsg.), *Schaufenster der Systemkonkurrenz*, S. 343–366; Hans Joachim Teichler, *Die Sportbeschlüsse des Politbüros. Eine Studie zum Verhältnis von SED und Sport mit einem Gesamtverzeichnis und einer Dokumentation ausgewählter Beschlüsse*, Köln 2002; Uta Andrea Balbier, *Kalter Krieg auf der Aschenbahn: Der deutsch-deutsche Sport 1950–1972. Eine politische Geschichte*, Paderborn u.a. 2007.

schungslücken findet sich im Mangel an Abstimmung und Kooperation zwischen den mit Berlin befassten Zeithistorikern und Forschungsinstitutionen sowie eine andere im zuvorderst finanztechnisch bedingten Fehlen von größeren Projekten zum Thema Kalter Krieg und Berliner Systemkonkurrenz. Eine Ausnahme bildete das langfristige Vorhaben des Potsdamer Zentrums für Zeithistorische Forschung (ZZF) „Berlin-Brandenburg im Kalten Krieg“, in dessen Rahmen neben zahlreichen Artikeln bislang fünf Monografien, einschließlich der vorliegenden, erschienen.¹⁸ Drei weitere, die ebenfalls die Berliner Konkurrenz generell oder als einen wichtigen Aspekt thematisieren, werden bearbeitet und stehen in zwei Fällen kurz vor dem Abschluss.¹⁹ Zwei Sammelbände zu ausgesuchten Problemen des regionalen Systemwettbewerbs runden diese spezielle Forschung ab.²⁰ Dennoch bietet der im Ganzen zu würdigende Fortschritt gerade in einigen methodischen Fragen Anlass für konstruktive Kritik. Zum einen zeigt sich mit Ausnahme der seinerzeit impulsgebenden Arbeiten von Ribbe und Schlegelmilch²¹ und den bereits genannten vergleichenden Untersuchungen immer noch eine gewisse Zurückhaltung vor integralen Gesamtberliner Analysen und Darstellungen.²² Zum anderen ist für die regionale Systemkonkurrenz in den für sie mit Abstand wichtigsten 50er Jahren die Einbeziehung der berlinnahen Gebiete Brandenburgs als Teil des Verflech-

18 Daniel Schwane, *Wider den Zeitgeist? Konflikt und Deeskalation in West-Berlin 1949 bis 1965*, Stuttgart 2005; Roggenbuch, *Das Berliner Grenzgängerproblem*; Melanie Arndt, *Gesundheitspolitik im geteilten Berlin 1948 bis 1961*, Köln/Weimar/Wien 2009; Thomas Klein, *SEW – Die Westberliner Einheitssozialisten. Eine „ostdeutsche“ Partei als Stachel im Fleisch der „Frontstadt“?*, Berlin 2009.

19 Veronika Wabnitz, *Die Schulpolitik in der Berliner Systemkonkurrenz 1948–1961*; Enrico Heitzer, *Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU) im Kontext der Systemauseinandersetzung des Kalten Krieges in Berlin*; Igor Polianski, *Die „Natur“ des Kalten Krieges. Naturwissenschaftliche Präsentation und populärwissenschaftliche Propaganda im geteilten Berlin 1948–1961*; Sven Schultze, *Die „Grüne Woche“ und die Landwirtschaftsausstellung der DDR in Leipzig-Markkleeburg in der Systemkonkurrenz 1948–1961*.

20 Lemke (Hrsg.), *Schaufenster der Systemkonkurrenz*; ders. (Hrsg.), *Konfrontation und Wettbewerb. Wissenschaft, Technik und Kultur im geteilten Berliner Alltag (1948–1973)*, Berlin 2008.

21 Vgl. Wolfgang Ribbe, *Berlin 1945–2000. Grundzüge der Stadtgeschichte* (= Kleine Schriftenreihe der Historischen Kommission zu Berlin, Heft 6), Berlin 2002 und Schlegelmilch, *Tendenzen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung*, S. 1–44. Gerhard Keiderling folgte einige Zeit später mit einer reflektierenden integralen Arbeit: *Der Umgang mit der Hauptstadt, Berlin 1945 bis 2000*, Berlin 2004.

22 Das scheint das im Übrigen gut gelungene neueste Buch über West-Berlin zu bestätigen. Vgl. Wilfried Rott, *Die Insel. Eine Geschichte West-Berlins 1948–1990*, Berlin 2009.

tungsraums²³ nicht befriedigend geklärt. Offenbar ist das im Rahmen der von der geteilten Hauptstadt dominierten Problematik nur über eine integrale Analyse zu leisten, die das Randgebiet als inhärenten Bestandteil der Untersuchung behandelt – wie es in der vorliegenden Monografie ansatzweise versucht wird. Daneben wären spezielle Studien über den Verlauf und die Auswirkungen des Wettbewerbs in differenziert zu berücksichtigenden Territorien des Landes Brandenburg bzw. seiner drei DDR-Bezirke wünschenswert und machbar. Auch sollten auf der gesamtnationalen Ebene verschiedene Aspekte zweistaatlicher Berlinpolitik, etwa deren Funktionsweisen und Gremien²⁴, genauer untersucht werden.

Die vorliegende Untersuchung stützt sich mit weit über eintausend ausgewerteten Aktenbänden in erster Linie auf die reichen Bestände des Landesarchivs Berlin (LAB). Hier gelang es in zeitaufwändiger wie reizvoller Arbeit, die schriftlichen Quellen der West-Berliner Stadtverwaltung (Hauptgruppe B) mit denen ihres Ost-Berliner Pendant (Hauptgruppe C) nach den verschiedenen Provenienzen unter dem Konkurrenzaspekt zusammenzuführen. Hinsichtlich der „klassischen“ Ressorts (u.a. Wirtschaft, Finanzen, Arbeit, Inneres, Bildung, Kultur und Stadtentwicklung), aber auch der politischen Leitungen (Magistrate, Senat und deren Gliederungen) sowie der Verfassungsorgane (Stadtverordnetenversammlung, Abgeordnetenhaus), korrespondieren beide Hauptgruppen strukturell und inhaltlich weitgehend. In der C-Hauptgruppe fanden sich die für die Analyse außerordentlich wichtigen Akten der Gesamtberliner SED, ihrer Landes/Bezirksleitung und der Kreisverbände sowie der im „Demokratischen Block“ und in der „Nationalen Front“ vereinten SED-Bündnisparteien und Massenorganisationen. Deren ungedruckte Materialien liefern u.a. aufschlussreiche Stimmungs- und Instruktorsberichte. Für West-Berlin existiert zwar eine gesonderte Aktengruppe „Organisationen und Verbände“, doch enthielt sie unter dem Konkurrenzgesichtspunkt nur wenig Substantielles. Dafür bot vor allem der schriftliche Nachlass des Büros für Gesamtberliner Fragen des Senats und der Senatskanzlei eine Fülle von erstrangigen Informationen u.a. über die westlichen Aspirationen in der Systemauseinandersetzung, auch unter Berücksichtigung der westsektoralen Parteien und Interessenverbände. Verschiedene Stücke aus Nachlässen und viele „Streumaterialien“ im LAB runden den für die Arbeit genutzten Aktenfond ab. Überdies wertete der Verfasser in der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen im Bun-

23 So lebten beispielsweise über 50 Prozent der Einwohner des Bezirks Potsdam Mitte der 50er Jahre in Orten, die unmittelbar an West-Berlin grenzten und deren Einwohner, wie zu sehen sein wird, von den Möglichkeiten dieser Teilstadt regen Gebrauch machten. Umgekehrt nutzten viele West-Berliner bis 1952 „Randberliner“ Angebote.

24 Vgl. hierzu beispielhaft: Stefan Kreuzberger, Kampf für die Einheit. Das gesamtdeutsche Ministerium und die politische Kultur des Kalten Krieges 1949–1969, Düsseldorf 2008.

desarchiv (SAPMO-BArch) alle für sein Thema in Frage kommende Akten des Zentralen Parteiarchivs der SED (DY 30), einschließlich wichtiger Nachlässe, sowie im Bundesarchiv Berlin ausgewählte Provenienzen des DDR-Ministerrates (Kultur, Wirtschaft, Handel und Versorgung) aus. Hinzu trat die Durchsicht von ebenfalls ungedruckten Quellen im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes (PAAA), insbesondere seines Bestandes Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA) der DDR. Zu den für die Analyse verwendeten gedruckten Quellen gehören diverse Protokolle, amtliche Druckschriften, Berichte, parteioffizielle Schriften, Periodika und nicht zuletzt Presseerzeugnisse: Zeitungen, Zeitschriften, aber auch „graue“ Propagandamaterialien des Kalten Krieges. Überdies nutzte der Verfasser im Bundesarchiv, Filmarchiv am Innsbrucker Platz, mit Gewinn die Wochenschauen beider Berliner Seiten.

Einen wichtigen Platz nehmen die Befragungen von zahlreichen Zeitzeugen ein. Das resultiert vorrangig aus der Absicht des Verfassers, die Wahrnehmungen der Systemkonkurrenz in der „normalen“ Berliner Bevölkerung festzustellen und zu erfahren, woran sie sich aus welchen Gründen erinnerten. Es entstand ein breites Spektrum subjektiver Bilder vom Alltag der geteilten Stadt. Das entspricht dem Anspruch der Analyse als ein Beitrag zu einer politischen Gesellschaftsgeschichte. Konrad H. Jarausch wies auf das Phänomen hin, dass sich der Zeitzeuge „als wahrer Kündler des Vergangenen“ sieht, während er „vom skeptischen Historiker“ bestenfalls als Quelle respektiert werde. Im Erzählen der Zeitzeugen stecke eben „ein Versuch, willkürlich erscheinende Begebenheiten zu Geschichten zu ordnen, d.h., narrative Moleküle zu verwandeln, die gleichzeitig eine Sinnggebung mit einschließen“.²⁵ Das trifft im Prinzip auch auf die Erinnerungen derer zu, die in der vorliegenden Darstellung ihre Spuren hinterließen. In ihrem Fall überrascht die große Übereinstimmung ihrer Erzählungen sowohl mit den Aktenüberlieferungen als auch untereinander. Zumindest sind die Kernaussagen ihrer Berichte in der Regel miteinander kompatibel. Diese Einschätzung wird aber möglicherweise auch dadurch etwas beeinflusst, dass dem Verfasser mit seinem Thema eine Doppelfunktion eigen ist: Er forscht als Wissenschaftler und ist selbst Zeitzeuge. Aber auch in diesem Fall behält Jarausch hoffentlich Recht: „In einem konstruktivistischen Geschichtsverständnis verhindert ein Eingestehen von Subjektivität nicht die Aufarbeitung, sondern ist die Voraussetzung zu ihrer weitgehenden Überwindung.“²⁶

25 Konrad H. Jarausch, *Zeitgeschichte und Erinnerung. Deutungskonkurrenz oder Interdependenz?*, in: Jarausch/Sabrow (Hrsg.), *Verletztes Gedächtnis*, S. 27.

26 Ebd. S. 35.

An dieser Stelle möchte ich neben der Hausleitung des ZZF allen danken, die zur Realisierung des Buches beigetragen haben.

Ein besonderes Dankeschön gebührt meiner Kollegin Jana Wüstenhagen für ihre konstruktive Kritik und die Fähigkeit, Wichtiges mit der ihr eigenen Freundlichkeit zu vermitteln. Eine große Hilfe waren mir die studentischen Hilfskräfte Stefan Jahrmärker, dem zuverlässigen „Famulus“ bei der aufwändigen technischen Bearbeitung des Manuskripts, und Florian Krug, der Korrektur las. Dank schulde ich auch meinen diskutierfreudigen Mitarbeitern im ZZF-Forschungsbereich Berlin/Brandenburg im Ost-West-Konflikt, namentlich Melanie Arndt für ihre unkonventionelle Hilfsbereitschaft. Hervorzuheben bleibt auch das Engagement von Waltraud Peters bei der Anfertigung der Druckvorlage. In die Würdigung mit eingeschlossen sind die Archivare des Landesarchivs Berlin, hier insbesondere die geduldige Barbara Schäche, sowie des Bundesarchivs Berlin/Koblenz für ihre kompetente und professionelle Arbeit.